



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 06. Dezember 2011
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Peter Schickel (SPD)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn : 17:10 Uhr	Ende: 18:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 32/11, 33/11, 34/11

(Drucksachenband 163)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0105 Tagesordnung

1. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.
2. Die Beratung der Punkte 2 und 8 und 12 und 12.1 erfolgt gemeinsam.

Einstimmig

0106 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 08.11.2011 wird genehmigt.

Einstimmig

Die beiden nachfolgenden Punkte (Beschlüsse Nr. 107 und 108) werden gemeinsam beraten.

0107 11-F-33-0050

WLAN an öffentlichen Plätzen
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.11.2011 -

Die Fraktion Linke und Piraten teilt mit, dass ihr Antrag unter Punkt 8 der heutigen Tagesordnung (11-F-08-0079) obsolet wird, wenn der gem. Antrag von CDU und SPD realisiert wird.

Der Änderungsantrag von Linke&Piraten wird gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen und Linke&Piraten abgelehnt.

Der Antrag von Linke&Piraten unter Punkt 8 der heutigen Tagesordnung (11-F-08-0079) wird von den Antrag stellenden Fraktionen von CDU und SPD übernommen und dann in geänderter Form wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0108 11-F-08-0079

Kostenloser W-Lan-Zugang im Stadtverordnetensitzungssaal
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. Dezember 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

s. Beschluss 0107

Einstimmig

0109 11-F-03-0112

Veröffentlichung von Terminen
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.11.2011 -

Frau Zieren-Hesse (Leiterin des Hauptamtes) nimmt die Info mit, dass es einzelne Lücken zu einem Elternhearing im Veranstaltungskalender gegeben habe.

Dies hätte auf dem kleinen Dienstweg mittels eines Telefonanrufes zeitnaher geklärt werden können (Einwurf stellv. Vorsitzender Schickel).

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Einstimmig

0110 11-F-03-0113

Zuschauer Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.11.2011 -

Auch hier wäre der kleine Dienstweg die bessere Wahl gewesen, um eine schnelle Klärung herbeizuführen (Dr. Heimlich, Leiter des Amtes der Stadtverordnetenversammlung).

Er erklärt das Verfahren der Kartenvergabe für die Zuschauertribüne.

Im vorliegenden Fall wurde niemandem der Zutritt verweigert.

Im Vorfeld war im Ältestenausschuss geklärt worden, dass alle Bürger/innen, die zuschauen wollen auch Gelegenheit dazu erhalten sollen.

Störungen, die evtl. durch die angekündigte Demonstration zu befürchten waren, können allerdings nicht toleriert werden.

Vor der Sitzung wurde mit dem Revierleiter und Herrn König von verdi über mögliche Störungen gesprochen. Auch die Polizei hatte keinerlei Interesse daran, den Demonstranten den Zugang zu verweigern.

Ein Kollege des Amtes der Stadtverordnetenversammlung war eigens abgestellt, um eine Sichtkontrolle auf der Empore durchzuführen, aber auch um Personen ohne Einlasskarte die Möglichkeit der Teilnahme zu gewähren und nach freien Plätzen zu suchen.

Zu den Reserviert-Zetteln kann nur gesagt werden, dass diese ohne das Zutun und Wissen des Amtes der Stadtverordnetenversammlung ausgelegt wurden und dies zukünftig unterbleiben wird.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. Dezember 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Dr. Heimlich möchte nicht, dass das Amt der Stadtverordnetenversammlung durch einen solchen Antrag in schiefes Licht gesetzt wird. Das Interesse des Amtes ist immer darauf gerichtet, den Bürger/innen alle Wege zu ebnen, um an Sitzungen teilnehmen zu können und diese z. B. auch mit Unterlagen zu den einzelnen Sitzungen zu versorgen usw.

Stv. Kisseler betont, dass er die Anregung, den kleinen Dienstweg zu nutzen, gern mitnimmt. Stellv. Vorsitzender Schickel hat sich besonders gefreut, dass an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ein Lehrgang aus dem Verwaltungsbereich teilgenommen hat.

Der Antrag hat durch die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0111 11-F-08-0081

Digitale Bereitstellung der Unterlagen im geschützten Bereich des politischen Informationssystems
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Stv. Seipel-Rotter erwartet durch die Umsetzung des Antrages eine Arbeitserleichterung. Er weist darauf hin, dass es schwierig ist, alle relevanten Unterlagen in PiWi zu finden. Jedes einzelne Dokument muss angeklickt werden.

Herr Kremer (Dezernat I/ITM) betont, dass eine Umsetzung des Anliegens technisch möglich ist, aber nicht kostenneutral erfolgen kann.

Der Antrag gilt für die heutige Sitzung als eingebracht und wird nach Klärung des erforderlichen Aufwands in der 1. Sitzung im Jahr 2012 erneut aufgerufen.

Einstimmig

0112 11-F-03-0116

Bürgerhaushalt
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.11.2011 -

Nach Begründung des Antrages wird deutlich, dass alle Fraktionen an der Einführung des Bürgerhaushalts interessiert sind.

Die Koa-Vereinbarung geht lt. Stellv. Vors. Schickel sogar über den Bürgerhaushalt hinaus. Es gibt auch Beispiele in der Bundesrepublik über einen funktionierenden Bürgerhaushalt.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. Dezember 2011

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

0113 11-F-03-0114

Naziaufmarsch in der Wiesbadener Innenstadt
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 29.11.2011 -

Zu dem angeblichen Aufmarsch kann keinerlei Stellungnahme seitens der Verwaltung abgegeben werden. Es ist nicht nachvollziehbar, welche Art Aufmarsch wann stattgefunden haben soll. Es ist davon auszugehen, dass kein Aufmarsch stattgefunden hat.

Da nichts Konkretes zu dem Aufmarsch zu sagen ist, ist der Antrag erledigt.

Einstimmig

0114 11-F-08-0082

Einheitliche Email-Adresse für alle Stadtverordnete
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Der Antrag soll lt. der Antrag stellenden Fraktion die Transparenz erhöhen. Die Bürger/innen müssten nicht lange suchen und der Zugang würde vereinfacht.

Der Antrag stößt bei den Fraktionen von CDU und SPD auf Ablehnung, da datenschutzrechtliche Bedenken noch ungeklärt sind. Jeder einzelne Stadtverordnete müsste mit der einheitlichen Email-Adresse einverstanden sein. Außerdem wird mit erhöhten Kosten und Verwaltungsaufwand gerechnet - dies alles müsste geklärt werden.

Herr Kremer (Dezernat I/ITM) teilt mit, dass mit Kosten von 5 € pro Monat und Person zu rechnen ist. Die Datenschutzrichtlinien der Landeshauptstadt Wiesbaden würden Anwendung finden.

Der Antrag wird

gegen Bündnis90/Die Grünen und Linke&Piraten abgelehnt

0115 11-V-31-0004

Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Enthaltung Linke&Piraten

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. Dezember 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0116 11-V-33-0006

Integrationsbericht 2010

Der umfangreiche Bericht wird von allen Fraktionen gelobt.

Es entsteht eine Diskussion über die zur Erhöhung anstehenden Kita-Gebühren, die allerdings im Ausschuss für Soziales und Gesundheit von der Thematik her besser angesiedelt wäre. Ausgangsbasis für die Diskussion ist die immer noch recht hohe Zahl von Frauen mit Migrationshintergrund, die in keinem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen.

Es wird betont, dass 2 Bereiche nach wie vor besonderer Betrachtung bedürfen, und zwar die Bereiche Sport und Frauen. Insbesondere auf das Frauenschwimmen wird hingewiesen, dass großen Anklang gerade bei den muslimischen Frauen gefunden hat. Es wird betont, dass das Frauenschwimmen allen Frauen offen steht.

Der Ausländerbeirat weist auf die Ausbildungssituation der jungen Männer mit Migrationshintergrund hin und begrüßt zudem das Angebot zum Frauenschwimmen ausdrücklich.

Stadträtin Scholz bedankt sich ausdrücklich bei ihren Mitarbeitern Frau Rudolph und Herrn Burgmeier, die den umfangreichen Bericht erarbeitet haben.

Sie unterstützt persönlich das Schwimmangebot, da sie selber leidenschaftliche Schwimmerin ist und nimmt den Integrations- und Gesundheitsgedanken als Anregung mit.

Zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hält sie fest, dass Migrantinnen z.T. gern zu Hause bleiben und nicht berufstätig sein möchten. Man mache aber Angebote.

Als ehemalige Lehrerin weiß sie auch um die Problematik der jungen Männer mit Migrationshintergrund. Dies liege auch an dem kulturellen Verständnis, das junge Männer haben - dies sei ein anderes Selbstverständnis (sehr starke Männerrolle). Da passt das Lernen nicht so recht ins Bild. Auch hier wird versucht, Angebote zu machen. Man nehme das Thema sehr ernst.

Einstimmig

Die Punkte 12 und 12.1 (Beschlüsse Nr. 117 und 118) werden gemeinsam beraten.

0117 11-V-07-0015

Einrichtung eines Sternengartens auf dem Wiesbadener Südfriedhof

Die Einrichtung des Sternengartens geht u. a. auf Gespräche am Runden Tisch zurück, der zu den muslimischen Bestattungen eingerichtet wurde. Hier wurde klar, dass den einzelnen Religionen gerade auch bei der Bestattung von Föten und Todgeburten Rechnung getragen werden muss. An den Gesprächen waren die Geburtshilfekliniken, das Rechtsamt und das für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten beteiligt.

Die erste gemeinsame Trauerfeier soll im Juni 2012 stattfinden. Den Eltern entscheiden, ob sie eine Feuer- oder Erdbestattung möchten

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0118 10-F-01-0080

Muslimische Bestattungen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Der Antrag hat durch die vorstehende Sitzungsvorlage seine endgültige Erledigung gefunden.

Einstimmig

0119 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

Für die nächste Sitzung Ende Januar 2012 sind die Fraktionen erneut aufgerufen, Themenvorschläge zu machen.

Einstimmig

120 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Scholz berichtet, dass sich zukünftig die Form der Einbürgerungsfeiern dahingehend ändern wird, dass

- diese Feiern nicht mehr monatlich, sondern vier Mal im Jahr stattfinden werden (19.01.2012, 26.04.2012, 30.08.2012, 29.11.2012),
- die neu ausgestellten Personalausweise nicht mehr während der Feier im Rathaus ausgegeben werden, sondern die neu Eingebürgerten die Ausweise im Bürgerbüro abholen,
- die neu konzipierten Feiern zunächst probeweise eingeführt werden und bei Bedarf Änderungen in Absprache mit dem Ausschuss ausgearbeitet werden.

Grundsätzlich soll die Einbürgerungsfeier aber als Zeichen der Willkommenskultur beibehalten werden.

Hintergrund für die Änderung der bisherigen Abläufe ist die Einführung des elektronischen Personalausweises, der nicht ohne weiteres im Rathaus ohne wesentlich größeren Aufwand personeller und technischer Art ausgegeben werden könne. Bei der letzten Feier waren 13 Gäste vertreten und 8 Mitarbeiter waren für erforderlich - dies stehe in keinem Verhältnis.

Im Integrationsdezernat würde die Einbürgerungsurkunde übergeben, ein feierlicher Eid abgelegt und eine Loyalitätsbekundung abgegeben. Mit der Einbürgerungsurkunde könne man dann den Personalausweis beantragen. Dies müsse im Bürgerbüro geschehen, wo der fertige Ausweis auch abgeholt werde.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 06. Dezember 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stellv. Vors. Schickel gibt zu Protokoll, dass seine Fraktion die Änderungen mit großer Sorgfalt beobachten werden. Er befürchtet, dass der Zusammenhang zwischen Einbürgerung und der Feier verlorengeht. Der Sinn gehe verloren oder trete zu sehr in den Hintergrund. Er habe selber miterlebt, wie gut die bisherigen Feiern angenommen wurden und welche hohe Akzeptanz ihnen entgegengebracht werde.

Einstimmig

0121 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.
Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .01.2012

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba